

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgebäude: Die Ulrichstraße 16, Ecke Tuchstraße 12 bis 14 bezw. Übergang 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Die Ulrichstraße 16. Fernsprech-Nachnummer 29-1. Druckort: Halle. Druckerei: Die Buchdruckerei 'Die Halle' in Halle. Verantwortlich für die Redaktion: Albert Herting in Halle.

Nummer 4

Halle, Sonnabend den 5. Januar

19:8

Weitere Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Russen kommen nach Brest-Litowsk.

(B. T. A.) Berlin, 5. Januar. An der heutigen Sitzung des Hauptstaatsrat des Reichstages hat der Unterstaatssekretär v. d. Busche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichstagspräsident hat gestern die Annäherung der russischen Delegation jurisdizieren, daß wir uns in gleicher Weise unserer Aufgabe betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegenstellen. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausbrüchlichen Auftrag des Herrn Reichstagspräsidenten das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichstagspräsidenten zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert. Aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente ausgeht. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegationen den deutschen Vorklären vom 28. Dezember als unzulässig abgelehnt hätten, ist unrichtig. Die russischen Delegationen haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegationen war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die kritisch geliebten Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Änderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist aus Brest-Litowsk folgendes Telegramm gegangen:

Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Uebereinstimmung folgende Depeschengramm aus Brest-Litowsk eingetroffen:

An die Herren Vorklären der vier verbündeten Mächte. Die Verhandlungen der Verhandlungen auf neutrale Gebiete entspricht dem herrschenden Stand der Verhandlungen. Im Anbetracht der Annäherung Ihrer Delegation am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trozki morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrale Gebiete keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation.

Inzwischen ist mit den Brest-Litowsk mit Vollmacht angekommenen Vertretern der Ukraine in be-

triebener Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Nach kurzer Geschäftsbesprechungsberatung wurde mit großer Mehrheit der Vorleser des Vorlesenden angenommen, die politischen Erörterungen abzugeben und die Frage der Gegenstandsbehandlung und des Besonderen anstehendes zu erörtern.

Zur Lage in Brest-Litowsk.

(Von unserer Berliner Redaktion.) Die Berliner Presse beurteilt die Situation in Brest-Litowsk zurückhaltend, zum Teil sogar skeptisch. Die „Post“ schreibt: Es wäre falsch, aus der Nach-richt der russischen Delegation vorläufige Schlüsse zu ziehen. Die russische Delegation erklärt, daß sie im wesentlichen deshalb aus Petersburg komme, um die Verhandlungen über die Verlegung des Verhandlungs-ortes in ihrem Sinne zu beenden. Das die deutsche Regierung ihren Standpunkt in dieser Beziehung ändert, halten wir für ausgeschlossen. Innerhalb spricht die Tatsache, daß Trozki selbst nach Brest-Litowsk geht, dafür, daß die Frage des Verhandlungsortes keine Hauptfrage bildet. Man darf gerade deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß wenn andere Fragen angeklommen werden, der Leiter der russischen auswärtigen Politik ihnen nicht ausweichen wird. Es gibt Leute, die den Wunsch nach einer schnellen Verständigung mit Rußland als ein Zeichen von Mangel an Einsicht betrachten. Das davon keine Rede sein kann, dafür spricht schon der Umstand, daß auch in den Kreisen unserer Heeresleitung entgegen einer vielfachen Land hinausgetragenen Auffassung durchaus die Ansicht vorherrscht, daß in öffentlicher Weise die Friedensverhandlungen geführt und so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden sollen. Wir müssen uns fragen, was die wohl begründete Meinung auch durch die sonstigen militärischen Kreise unserer Heeresleitung einmal, selbst durch ein Schwärzen der russischen Verhandlungen, erreicht herüber werden kann.

Der Standpunkt des Reichstagspräsidenten.

Die „Post“ schreibt: Im Namen des Reichstagspräsidenten hat der Unterstaatssekretär heute erklärt, der Standpunkt des Reichstagspräsidenten bleibe unverändert. Die deutsche Regierung lasse sich auf eine Deutung des Selbstbestimmungsrechtes, welches lediglich der Entente zugute komme, nicht ein. In der neutralen Presse findet man Mitteilungen der Petersburger Telegraphen-Agentur über die Sitzung am 28. Dezember, die dem deutschen Publikum nicht unterbreitet worden sind. Es ist bereits gesagt worden,

daß die russische Delegation am 28. Dezember eine Antwort gab, die in den deutschen Kreisen selbst, die eine optimistische Auffassung nicht zu verdrängen. Dieser amtlichen russischen Darstellung zufolge antworteten die russischen Delegationen, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkennen das Selbstbestimmungsrecht nur in Worten an, sie wollten aber in Wirklichkeit annehmen. Diesem steht bei dem Entschluß der russischen Regierung, ihre Vertreter wieder nach Brest-Litowsk zu senden, der Gedanke an die Annäherung der ukrainischen Delegationen in Brest-Litowsk mitan. Die Tatsache, daß die Ukraine über den Frieden verhandeln, mußte in Petersburg eine nicht sehr erheblichen Einfluß machen. Ein bequemer Unterhändler wird Trozki nicht sein. Nach einer gleichfalls in der Entente-Presse veröffentlichten Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat er im Hauptstaatsrat des Reichstages und im Reichsrat sich über die Bedingungen der Zentralmacht geäußert und dabei sehr scharfe Worte gebraucht.

Der „Post-Anzeiger“ führt aus: Bekanntlich war uns mit der Tatsache, daß die russische Regierung nach rechtlich wieder eingelenkt hat. Auch kann mit Gewandtheit festgestellt werden, daß die Erklärung der russischen Delegation diesmal nicht wieder in Petersburg angelehrt werden kann. Dafür bürgt die Anwesenheit des Herrn Trozki. Die allgemeine Stimmung in Deutschland läßt nur keinen Zweifel darüber, daß die Geduld des deutschen Volkes so weit erschöpft ist.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Unsere neue Methode, den Russen gegenüberzutreten, hat Erfolg gehabt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei den Parteien manche Vorurteile über unsere Verhandlungen bis auf überraschende Weise ändern werden.

Der türkische Großvezir über Brest-Litowsk

Einem Mitarbeiter der „Post“ ist gegenüber bei sich der türkische Großvezir folgendermaßen geäußert: Ich sehe den Aussichtsfall von Brest-Litowsk nicht allzu traurig an. Es handelt sich um ein Friedensverhandlung, meine Überlicht auf den Energie der Friedensverhandlungen bleibt unverändert. Die Vertreter der Bolschewiki machen einen durchaus ersten und würdigen Eindruck. Die Lage in Rußland ist keine derartige, daß sie keine so ausschließliche auf unheimliche Zeit dauere. Der Aussichtsfall wird nicht von Dauer sein. Ich beabsichtige, wenn es irgend angeht, noch heute abend nach Brest-Litowsk zu reisen. Sobald die inneren Voraussetzungen, ja Notwendigkeiten, einer Verständigung zu Stande gekommen sind, wie sie in

reichte Gefühl der Gegenwart auch für die kleinen Nationen fordert.

Nach Ueberreichung der Erklärung an den König hielt Gjöpenberg eine Rede, in der er sagte, daß das Volk Finnlands sich mit Bewegung der zahlreichen Beweise der Freundschaft und Jancigung erinnere, die es in letzterer Zeit von der oben dänischen Nation erhalten hat, und schließlich um die Anerkennung Finnlands als freien und unabhängigen Staat bat.

Der König antwortete etwa folgendes: Ich bitte Sie, bescheiden zu sein, daß mir mit größter Sympathie Finnland in dem Streik der nordischen Länder eintraten haben würden. Dänemark hat den hohen Wunsch, daß Finnland unter Obhut der dänischen Regierung in den Kriegshandlungen der gegenwärtigen Kriegshandlungen die dem finnischen Volk eine glückliche, freie und nationale Entwicklung ermöglichen können. Ich nehme an, daß es für Finnland möglich sein wird, ein Einvernehmen mit Rußland zu erlangen, und bitte Sie überzeugt zu sein, daß Dänemark selbst Heranz Finnland seine Unterstützung zur Verfügung der gegenwärtigen Lebensmittel in dem Maße leisten wird, wie es unter ihm liegende Lage erlaubt.

Der Großherzog Benizelos.

Wien, 3. Januar. (Privattelegramm.) Meldung der Agence Havas. Benizelos gab im Ministerrat das Ergebnis seiner Reise bekannt und schloß sich dem Standpunkt an, daß die russische Delegation die unzulässigen Anforderungen der russischen Demokratie erkennen sei. Er sagte, daß Rußland in Rußland hat die Aufgabe der Alliierten erwidert. Insofern

der gegenwärtigen Lage Rußlands vorhanden sind, da gibt es keine Macht der Erde, die verhindern würde, das Generalrat hinterzuziehen.

Einem Vertreter des „Berl. Tagebl.“ gegenüber erklärte der Großvezir: Man wird die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten weder in Stockholm, noch in Kopenhagen, noch in der Schweiz führen. Die russischen Delegationen werden zurückkehren.

Die Auffassung in Oesterreich.

Wien, 5. Januar. Es läßt sich nicht behaupten, daß der Vorleser, die Friedensverhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen, keineswegs als ein Abbruch der Verhandlungen aufzufassen werden kann. Man darf nicht vergessen, daß in vielen Punkten eine Einigung erzielt wurde. In allen anderen wichtigen Punkten hat keine Annäherung stattgefunden. Die Hauptfrage aber ist, daß sowohl beim Verband, wie auch bei Rußland der Friedenswille vorherrscht. (Post.)

Die Haltung der unabhängigen Sozialisten.

Die sozialistische Internationale Korrespondenz teilt mit: Während die militärischen Vertreter Rußlands in Brest-Litowsk die Verhandlungen des Friedens zu schaffen suchen, konnten die deutschen unabhängigen Sozialisten keine größere Sorge als die, wie der Friede mit Rußland erreicht werden könnte. Wir erheben darüber aus vollkommen unerschütterlicher Quelle aus Stockholm ungewöhnlich genaue Mitteilungen, denen wir vorläufig folgendes entnehmen: In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die bringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Centralmächte in Deutschland sich in ihrem b. b. im revolutionären Sinne vollzogen. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die revolutionäre Entwicklung in Deutschland beinträchtigen und seine herrschenden Schichten hürten würde.

Engländer Heber.

Notterdam, 5. Januar. (Daily Telegraph) berichtet aus Petersburg: Es ist eine verheerliche Meinung, man zu erfinden sucht, als ob die Bolschewiki aufrecht sind. Es ist Tatsache, daß die deutschen Bedingungen keine Grundlage darstellen, auf der Rußland einen Frieden schließen kann. Was nun? Wird Rußland weiter kämpfen? Am Zweifeln erheben sich, als es sich, daß die Bedingungen unannehmbar seien, die Vertreter der Heeren und erklären, daß die Soldaten nicht leiden würden und auch nicht, werden (Berliner Tageblatt.)

ist der Versuch Deutschlands, sich die ganze Welt zu unterwerfen, von vornherein perzipiert. Man muß blind oder schiefen Glaubens sein, um weiter an die Möglichkeit eines schließlichen Sieges Deutschlands zu glauben. Oriehtlich ist natürlich, daß es den Bolschewiki am liebsten ist, aus unseren Händen sein Schicksal nicht empfangen könnte, um seine heimliche Rechte zu verteidigen. Die Schande, das ferbliche Bündnis verlegt zu haben, abzumachen, löst, um mit seinen eigenen Freunden zusammenzutreten, um die Welt zu unterwerfen, verbindet sich.

Weslagnahme der russischen Privatbanken.

S. Stockholm, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Dagen“ meldet: Der Finanzminister Wenckstam ist sprachlich der Presse gegenüber über die Weslagnahme der Privatbanken aus. Er bezeugt die Notwendigkeit im Publikum als unbegründet. Die Weslagnahme erfolge nur zur Verbindung der Sozialisten. Privatigentum werde nicht beschlagnahmt.

Der Entente-Kurierverkehr mit Rußland.

S. Stockholm, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen Trozki und der englischen Regierung kam es zu erneuten Verhandlungen über den Kurierverkehr. Ein französischer Kurier wurde wieder an der Grenze verhaftet. Die englische Postfach die erst darüber, dem Rat der Volkskommission die erst darüber erzielte Erlaubnis Kurier nach England zu entsenden, wieder zu entscheiden.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(B. T. A.) Großes Hauptquartier, 5. Januar. Beklender Kriegsstaatsplan:

An der flandrischen Küste östlich von Ypern in einzelnen Abschnitten zwischen Zeper und Somme, sowie in der Gegend von Valenciennes und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafteste Kämpfe. An der übrigen Front blieb die Feuerintensität auf Stützpunkten beschränkt.

Definitiv von Valenciennes hatte eine gewaltige Grundung sollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Gefangener ein.

Der flandrische Kriegsstaatsplan:

Nichts Neues. Keine besonderen Ereignisse. Italienische Front:

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer dorübergehend auf.

Der Erie Generalquartiermeister: Ludenborff.

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

(B. T. A.) Wien, 5. Januar. Amtlich wird bekannt:

Definitiv Kriegsstaatsplan: Balkanfront. Italienischer Kriegsstaatsplan: Die Gefechtsintensität blieb auf zeitweiliges Artilleriefeuer beschränkt.

Der Chef des Generalstabes.

